

Aufklärung tut not!

Günter Buhlke

Pierre Bourdieu mahnt eine ökonomische Alphabetisierung der Massen an. Daniela Dahn thematisiert sie und weist auf die undurchschaubaren Rechts- und Eigentumssysteme der Mächtigen aus Politik und Wirtschaft hin ¹⁾. Manfred Sohn sieht für den dritten welthistorischen Ansatz die Aufklärung über die gesellschaftlichen Zusammenhänge als eine Voraussetzung für die erfolgreiche Transition in eine neue Alternative zum Bestehenden.

Aufklärung ist ein Parallelprozess zur Meinungsbildung der politischen Parteien mit ihren Programmen. Sie geht über die tagespolitische Überzeugungsarbeit hinaus. Sie zielt tiefer auf die humanistischen Grundwerte der Menschengemeinschaft. Eine aktive mitbestimmende Bevölkerung ist ohne Aufklärung nicht denkbar.

Die Reihe der aktuellen Mahner, die befürchten, dass die Weiterführung der Logik des Kapitals zur Katastrophe führt, ist unendlich lang. Mahnungen kommen aus den Kernländern des Kapitals, auch von ehemaligen Protagonisten. Sie reicht von politisch links unten und sie hat mit dem apostolischen Schreiben "Evangelii Gaudium" des Vatikans eine hohe moralische Instanz erreicht. Der Brief des Papstes spricht klare Worte: Die Wirtschaft des Kapitals tötet. Er stellt fest, dass die Medien mit Verleumdung, Desinformation, Rufmorden Todsünden begehen ²⁾. Ernste Mahnungen kommen aus den Ländern der 3. Welt Lateinamerikas, Afrikas und Asiens, wie auch aus den Hauptländern des bestehenden Systems der ambivalenten Logik des Kapitals ³⁾.

Die Akademie der Künste Deutschlands mit Klaus Staeck an der Spitze, die Mitglieder der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin betreiben unermüdlich die Sache der Aufklärung, wie auch die Eberhard-Schultz-Stiftung für Menschenrechte und Partizipation. Soziale Bewegungen leisten ihre Arbeit zum Erhalt der Natur, des Friedens, der Gerechtigkeit. Die in Deutschland vom bestehenden Rechtssystem gefesselten Gewerkschaften sind um ein würdiges Leben der Abhängigen bemüht. Weltweit widmen sich verantwortungsvolle Organisationen und Menschen dieser humanen Aufgabe.

Das Mammutwerk der Volksaufklärung mit ihren vielen Facetten kann erst im Verbund Gleichgesinnter Chancen einen Erfolg erwarten. Vor allem, wenn sie in den Familien, Kindergärten und Schulen bis zur Universität betrieben wird. Die mit der Weiterbildung befassten Institutionen, an forderer Stelle die politischen Stiftungen, tragen Verantwortung für die politische Willensbildung.

Das Werk benötigt Toleranz und solidarisches Denken.

Eine erneute Renaissance der aufklärerischen Anstrengungen wird in unserer Welt gebraucht!

Thesen:

1. Die Überwindung des absolutistischen und klerikalen Feudalismus wäre ohne eine vorbereitende Aufklärung im Mittelalter nicht möglich gewesen. Die „Große Französische Revolution“ von 1789 hätte ohne die humanistischen Erkenntnisse keinen Erfolg gehabt. Die wissende Mehrheit der Bürger, Handwerker, Bauern, Dienstleute, Soldaten vollzog einen großen historischen Schritt zu Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Dennoch erfüllten sich die Ziele nicht für die Mehrheiten ^{4), 5)}.

Rousseau, Voltaire, Diderot, Montesquieu, Babeuf leiteten mit ihrem Wissensschatz das Ende einer Jahrhundert langen Herrschaftsform ein. Darwin, Kant, Hegel, Marx u.a. vertieften das Wissen um die Gesetzmäßigkeiten in Natur und der aufstrebenden

bürgerlichen, kapitalistischen Gesellschaft. Ihr Wissen wurde zur Grundlage für die praktischen Versuche zur Einführung eines neuen sozial geprägten Gesellschaftsmodells in der Pariser Kommune, der Bauernrevolution in Mexiko, der Oktoberrevolution in Russland und der Gestaltung menschenwürdiger Verhältnisse in China. Die Ideen beflügelten später den Kampf der kolonialen Befreiungen und für Selbstbestimmung in Asien, Lateinamerika und Afrika. Nach dem 2. Weltkrieg folgte in europäischen und anderen Ländern die Suche nach sozial gerechten Gesellschaften und anderen Herrschaftsformen.

2. Der praktische Verlauf der bürgerlichen kapitalistischen Gesellschaft bis zur Gegenwart führte zu vier prägenden Resultaten: Ersten haben die westlichen Industrieländer in über 200 Jahren technologisch großartige Resultate erreicht, die es der Menschheit ermöglichte zu fliegen, auf einem 500 Millionen entfernten Kometen zu landen, Daten digital zu bearbeiten und drahtlos zu verschicken, Krankheiten zu besiegen und in den lebenden Körper hineinzuschauen. Zweitens: Die Dauerhaftigkeit der Wirtschaftskrisen wurde nicht überwunden. Die Ungleichheiten innerhalb der Industrieländer und mit den Ländern der 3. Welt nahmen bedenklich zu. Alle Versuche über Reformen die Mängel zu beheben, blieben über all die Jahre erfolglos. Die Logik des Kapitals und sein imperialer Charakter waren als Wesensmerkmale offensichtlich nicht veränderbar ⁶⁾. Drittens haben verheerende Kriege, zuletzt mit dem Einsatz von Atombomben, unendlich viele Todesopfer und materielle Schäden verursacht. Viertens hat die Naturzerstörung bedenkliche Dimensionen erreicht, mahnen Umweltschützer und Politiker.

Es ist notwendig zu erkennen, dass Fortschritt und Rückfall in die Barbarei mit kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten in Verbindung stehen. Der Kapitalismus hat das Ende seiner Möglichkeiten zur Gestaltung der Demokratie, der Gleichberechtigung und der Brüderlichkeit erreicht. Ethik und Moral sind auf einem Tiefpunkt angelangt.

3. Ein aktuelles Paradigma weist auf die Notwendigkeit der sozialen Aufklärung über wesentliche Zusammenhänge in der Gesellschaft hin. So über das Wesen der Parteiendemokratie, die in Koalitionsregierungen mit einer Proporz-Regelung neben dem Parteibuch eine Pforte bildet für politische Weisungen an Staatsanwälte, Richter, an Verwaltungsräte öffentlicher Medien und Banken. Die Medien verbreiten Rauchscheier. Das Wissen über die Wahlgesetze und über das Gestaltungsvermögen der Regierungsverwaltung und die Verantwortung der Privatwirtschaft ist unzureichend. Die wahren Ursachen von Kriegen bleiben der Bevölkerung verborgen u.v.m. Gemäß Umfragen der Meinungsforschungsinstitute ist seit Jahren die Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland mit den Zuständen in den großen Lebensbereichen unzufrieden. Die Einkommenslücken werden größer. Dennoch werden Parteien gewählt, die Verantwortung für die gesellschaftliche Misere tragen.

Der Finanzmarktkapitalismus hat 2008 die Welt an den Rand eines Chaos geführt. Die Gefahr war größer als zur Weltwirtschaftskrise 1929. Das hat die Politik wohl erkannt. Die Schlussfolgerungen waren nicht Gesetze, die die Gefahren für die Zukunft ausschlossen, sondern der Griff in die Steuerkasse um die Schuldigen vor dem Konkurs zu retten. Trotz der Kriege im Irak, Afghanistan, Syrien, Libyen, in afrikanischen Ländern, scheint die Bevölkerung in den G 7 die Gefahr des Todes und der materiellen Vernichtung nicht ernsthaft zu beunruhigen. Trotz Erfahrungen zweier Weltkriege hat auch hier die Aufklärung versagt. Offensichtlich waren die Medien dankbare Dienstleister für die Mächtigen.

4. Die Demokratie hat für Europa Traditionen, die bis zur griechischen Epoche zurück gehen. Im Verlauf der Geschichte wurden viele Elemente entwickelt, um sie für das gemeinschaftliche Zusammenleben und für die Entscheidungsprozesse, wohin die Reise der

Gesellschaft gehen soll, wirksamer zu gestalten. Heute besteht sie aus mehreren Elementen. So beispielsweise öffentliche Wahlen der Parteien, die Rechte und Pflichten der Abgeordneten, die Entscheidungen für das Wohl der Gemeinschaft treffen, die Meinungs-, Rede- und Versammlungsfreiheit, verfassungsmäßige Kriterien für Freiheit, Gleichberechtigung und Menschenrechte u. v.m. Freiheiten haben da ihre Grenzen, wo das individuelle Leben und die Gemeinschaft grundsätzlich bedroht wird.

Die bestehende Parteiendemokratie hat beachtliche Defizite, u.a. im Grad der Repräsentation der Parteien, bei den Pflichten der Abgeordneten, innerhalb der Parteien. In der Wirtschaft und in anderen Bereichen ist sie erst marginal entwickelt. Andererseits werden Entwicklungslinien der Demokratie in Richtung höherer Repräsentationen der Bevölkerung bei Entscheidungen noch nicht ausreichend öffentlich debattiert. Die Partizipative Demokratie scheint für die Zukunft richtige Ansätze zu enthalten. Erfahrungen aus der Vergangenheit liegen vor (Schweiz, Runde Tische der DDR und Berlin der Neuzeit, Räte-demokratie der Anfangsjahre Russlands und Kommunalräte in Lateinamerika).

5. Die Verteidiger des kapitalistischen Modells betreiben ein a politisches Bildungskonzept für die Bevölkerung. Beginnend im Kindergarten über die Schulbildung bis zur universitären Stufe. Die geschichtliche Entwicklung wird einseitig dargestellt. Arbeit erhält in der Bildung nicht ihren gebührenden Platz. Die Werteskala misst sich am Kursstand der Aktien und am Geldvermögen. Der Jugend wird die Rolle als Konsument nahe gebracht. Die alte Geschlechterrolle wird aufrecht erhalten.

Die Hersteller didaktischer Lehrmaterialien, die Film- und Spielwarenindustrie besitzen die volle Freiheit, die Verkaufbarkeit ihrer Produkte in den Vordergrund zu stellen, nicht die erzieherischen Komponenten. Soziale Fragestellungen finden in den Lehrprogrammen keinen Platz. Das schließt nicht aus, dass die Verantwortlichen die Bildung dort wertschätzen, wo die allgemeine Bildung für die wirtschaftlichen Abläufe wertvoll ist.

6. Im Ringen um die Meinungsmehrheit und zum Machterhalt existiert im gegenwärtigen System ein stabiles Netzwerk ohne feste Organisationsstrukturen. Es begründet sich als loses Bündnis, getragen von einer einheitlichen Ideologie der Geldvermehrung, der inneren Geschlossenheit und ungeschriebener Sonderrechte. Z. B. über Gesetzen zu stehen, andere Moralnormen zu haben, aber mit dem Recht, Gesetze zum eigenen Vorteil zu erlassen oder aufzuheben, wenn sie Schaden für sich sehen. Die Gewalten sind institutionell getrennt, aber nicht geteilt. Ein Parteienproporz sichert im Parlament, in der Regierung, sowie bei der Besetzung der Verwaltungsräte, der Besetzung der Vorstände wichtiger staatlicher Institutionen den Machterhalt. Rechtsanwälte, Wissenschaftler, Lobbyisten, die den Fleischöpfen nahestehen, begründen mit Gutachten und Gesetzestexten, dass alles was sie tun richtig sei.

Das Netzwerk verfügt über ein ungeschriebenes Gesetz: Es ist das Gebot, alle Maßnahmen des bestehenden System im positiven Licht zu kommentieren. Eine Unmoral des Wortes hat sich in den Medien und den Überschriften der Gesetzestexte breit gemacht.

Die sechste These gehört zu den wichtigen Ansatzpunkten der Aufklärung.

7. Linke Parteien und NGO s sind für die Aufklärungsarbeit finanziell schwach ausgestattet. Sie unterliegen einem Antrags- und Abrechnungsverfahren, wenn Finanzmittel aus dem Staatshaushalt erbeten werden. Die Formalien sind an politisches Wohlverhalten geknüpft. So wird die im Grundgesetz stehende Freiheit in der politischen Meinungsbildung eingeschränkt.

Die Kraft der Argumentation zum historischen Projekt für eine sozialistische Alternative wird weiter geschwächt, indem sich die links stehenden Kräfte in Deutschland scheuen, die

Versuche des Sozialismus im 20. Jahrhundert der DDR wissenschaftlich und dialektisch im Sinne Hegels zu beurteilen. Sie folgen bei der Benennung der Problemfelder, die es real gab, zu oft den Argumentationen der rechtsbürgerlichen Auffassungen. Soziale und wissenschaftliche Fortschritte werden nicht herausgearbeitet oder öffentlich benannt. (s. dazu Beispiele am Ende des Thesenpapiers).

1990 hat die rote Ecke des Kampfringes des Kalten Krieges das Handtuch aus verschiedenen Gründen geworfen. Auf dem Feld der Erkenntnisse war das sozialistische Modell nicht besiegt. P. Scholl-Latour nannte die Wende den Bruchpunkt des Hegemonialanspruches der USA und der Sendungsanmaßung der Führung der UdSSR ⁸⁾. Die gemeinsame öffentliche wissenschaftliche Debatte über die Vor- und Nachteile beider Systeme hat noch nicht stattgefunden. Die Fokussierung auf den Stalinismus der Sowjetunion reicht nicht, um die DDR zu beurteilen. Auch nicht die unwissenschaftliche Diskussion über einen Unrechtsstaat oder die Plakatierung der Diktatur des Proletariats.

2013 hat die UNO das „Kommunistische Manifest“ in das Weltdokumentenerbe aufgenommen, ebenso wie den Band 1 des „Kapitals“ von Marx.

8. Die aufklärerische Arbeit bedarf der Einschätzung der Situation der abhängigen und der teilweise abhängigen Schichten der Gemeinschaft, vor allem des Mittelstandes. Es geht vor allem um die Mehrheiten, die unter dem bestehenden System leiden und die in einer gesellschaftlichen Alternative bessere Bedingungen erhalten könnten. Ohne den Willen der Mehrheiten haben gesellschaftliche Alternativen kaum Aussichten auf dauerhaften Erfolg.

Ob eine Transformation friedliche verläuft hängt vom Widerstand der alten Kräfte ab. Die revolutionären gesellschaftlichen Veränderungen erfolgten in der Geschichte auf unterschiedlichen Wegen.: Über Wahlen, (z.B. 1954 in Guatemala, 1973 in Chile, 1998 Venezuela, 2005 Bolivien, 2008 Ecuador), über bewaffnete Kämpfe (z.B. Russland, Mexiko, China, Vietnam, Kuba, Nikaragua) und durch koloniale Befreiungsbewegungen. Die Veränderungen fanden stets in Zeiten heftiger politischer und wirtschaftlicher Krisen statt.

9. Die Entwicklung menschlicher Gesellschaften vollzieht sich nach den Gesetzmäßigkeiten der Evolution von einem niederen zu einem höheren Zustand ^{9), 10), 12)}. Die Komplexität der Zusammenhänge erweitert sich zunehmend. Wissenschaftler erkennen immer mehr Gesetzmäßigkeiten in natürlichen und gesellschaftlichen Lebensbereichen. Die Wirtschaft folgt als Leistungsgesellschaft bestimmten wiederkehrenden Kreisläufen ¹¹⁾, an deren Ende ein höheres Nettoergebnis stehen sollte. Das wird auch in alternativen Ordnungen so bleiben, um die Bedürfnisse der zahlenmäßig wachsenden Bevölkerung bei Verschlechterung der natürlichen Umweltbedingungen zu befriedigen.

10. Gesprächszirkel, Flugblätter, kleine Zeitungen und die beginnende Literatur waren die Medien zur Zeit der Aufklärung im Mittelalter, die die Bevölkerung bestärkte, die feudale Enge zu überwinden ¹³⁾. Die Kapital getriebene bürgerliche Gesellschaft hat eigene Systeme zur Meinungsbildung entwickelt und in seine Mechanismen zur Machterhaltung eingeordnet. So z.B. Tageszeitungen, das Radio, die Filme, öffentliche Ausstellungen, die Plakatierung u.s.w. Gewollte Meinungen genießen staatliche finanzielle Unterstützung. Die Zivilgesellschaft hat heute ein weiteres Medium. Internet und Handy stehen als neue Medien für die Aufklärung zur Verfügung. Neue Erkenntnisse können z.B. ohne Meinungsbildungsmonopole schnell und direkt kommuniziert werden. Wissenschaftler sprechen von einer digitalen Revolution, die erst die Partizipative Demokratie als

demokratische Weiterentwicklung wirksam werden lässt.

11. Die Gemeinschaft benötigt Wissen und Aufklärung über die Zukunftsfähigkeit der alternativen Gesellschaft. Dazu gehören alle Bereiche einer Gesellschaft. Beispielsweise Anliegen und Wirkungsweise der Partizipativen Demokratie. Der Umgang mit der Natur. Die Rolle der Kultur, des Rechtswesens. Erforderlich ist das Wissen über die Funktionsweisen der Gemeinden und Regierungsämter, über das Prozedere einer Etataufstellung und der Gesetzgebungsprozesse. Ewige Wahrheiten von Politik und Wirtschaft sind auf den Prüfstand zu stellen. Was an Erhaltenswertem aus früheren Gesellschaftsepochen kann übernommen werden? Welche Erfahrungen liegen für eine alternative soziale Gesellschaft in Deutschland vor? Die bestehende globale Vernetzung Deutschlands mit Europa und der Welt und den Abhängigkeiten aus der internationalen Arbeitsteilung sind mit den Konsequenzen zu erkennen.

12. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist der Finanzmarktkapitalismus mit dem Neoliberalismus in seine Endstufe eingetreten. Die Weltkrise von 2008 beschleunigte den Selbsterstörungsprozess des Kapitalismus ¹⁴⁾. Sein gesetzmäßiges Profitstreben sollte unter Bedingungen völliger Handlungsfreiheit von staatlichen Regelungen erfolgen. Der Neoliberalismus führte als neue Instrumentarien die Staatsverschuldung als ein Geschäftsmodell ein. Via Lobby wurden die Parlamente in ihre Konzepte einbezogen, der Börsenhandel wurde durch neue Konstruktionen wie Hedgefonds, Swaps, PC-gestützte Verkaufsoperationen und den spekulativen Handel mit den von der Realwirtschaft abgekoppelten wertlosen Derivaten verändert. Die bestimmenden großen Kapitalbesitzer aus den Finanz- und Realbereichen entzogen sich der Besteuerung über Steuersparmodelle und Steueroasen. Alte Instrumentarien, wie die Spekulation, Manipulation von Börsenkursen blieben auf der Tagesordnung.

13. Die alternative Gesellschaft braucht einen anderen Gesellschaftsvertrag (Verfassung). Neue Werte mit einem Konsens der Mehrheiten sind zu bestimmen. Die Regeln des Zusammenlebens müssten fixiert werden. Widersprüche aus der alten Ordnung sollten mit einer anderen Sozial- und Steuerpolitik, mit einem anderen Umgang mit der Natur überwunden werden.

Eigentumsfragen sind zu klären. Das Rechtssystem des Landes benötigt eine neue Codierung, die die Gleichstellung aller und die die Gerechtigkeit fixiert. Die Sprache des Rechts muss verständlicher werden. Die neuen Werte der Gesellschaft und der UNO müssten Verfassungsrang erhalten. Diskussionspunkte für die Verfassung werden nicht nur die Rechte, sondern auch die Festlegung der Pflichten für die Mitbürger, für die Wirtschaftsunternehmen, die staatlichen Verwaltungen und der Wissenschaftler etc. sein. Nur eine aufgeklärte Gemeinschaft wird diesen Verfassung gebenden Prozess qualitativ vollziehen können.

Verantwortung für eine zielführende Aufklärung trägt die Regierung aber auch politische Parteien mit ihren Stiftungen, deren Statuten sie zur Aufklärung und Bildung verpflichten. Die Gewerkschaften tragen eine besondere Last für die Offenlegung der Verhältnisse in Wirtschaft und Verwaltung. Die sozialen Massenbewegungen unternehmen Anstrengungen für die Aufklärung der Bevölkerung in ihren Spezialgebieten.

Pädagogen an allen Bildungseinrichtungen sollten ihren Gestaltungsraum für die Aufklärung nutzen. Medien sind von ihrer Verantwortung nicht freigesprochen.

Aufklärung ist mehr als Bildung.

Die alternative neue Gesellschaft braucht die positiven Erfahrungen aus früheren Epochen. Die künftige Wirtschaft braucht ohne Zweifel weiterhin das bewährte Regelwerk der Betriebswirtschaft, das in Italien im Feudalismus entstanden ist, vom Kapitalismus weiterentwickelt und im Sozialismus des 20. Jahrhunderts angewendet wurde. Ohne eine verbesserte Planung der Volkswirtschaft auf der Ebene des Staates und der Planungen in den Unternehmen wird keine Krisenfreiheit und Vollbeschäftigung erreicht werden können. Betriebswirtschaftliche Elemente wie Geld, Preise und Zinsen als Bemessungsgrundlagen werden bleiben müssen. Kostenrechnungen, Kalkulationen, Kredite, Produktion, Zirkulation (Verkauf, Kauf), Konsumtion (Verbrauch) werden weiter die Wirtschaftskreisläufe bestimmen. Das System der Kennziffern zur Messung der Leistungen etc. aber wird sich ändern.

Beispiele von Regelungen des sozialistischen Modells der DDR, die dem kapitalistischen überlegen waren und die für Alternativen Verwendung finden sollten:

Wirtschaftliche Bereiche:

- Ziel- und Planungsgrößen waren die Verbesserung der Befriedigung materieller und ideeller Bedürfnisse der Bevölkerung. Bestehende Disproportionen sollten vermindert werden ¹⁵⁾. Der Gewinn war nicht die Zielkategorie Nr. 1, sondern der materielle Fortschritt.
- Die Wirtschaftsplanung auf staatlicher und betrieblicher Ebene war materiell und finanziell vernetzt. Elemente der Kybernetik wurden im Wirtschaftskreislauf der Kombinate und für die Prognose beachtet. Die Bilanzierung sicherte den Betrieben den Absatz und die Beschaffung. Nach sozialistischer Logik sollten Entlassungen, Absatzkrisen, Insolvenzen, Obdachlosigkeit vermieden werden. Ein erreichtes Versorgungsniveau durfte vom Planungsansatz nicht unterschritten werden. Planung wurde stets in ihren 2 Ebenen betrachtet: Die gesamtstaatliche und die unternehmerische/betriebliche. Die Trennung der beiden Ebenen wurde nicht immer beachtet. ¹⁵⁾
- Ein Festpreissystem über längere Zeiträume für Industriegüter schuf Investitionssicherheiten für die Unternehmen. Festpreise bei Konsumgütern, Mieten, öffentlichen Tarifen brachte Sicherheiten für das Familienbudget. Das enthielt auch Risiken. Die Kalkulation befolgte Prinzipien, die auch im kapitalistischen System üblich waren, die aber für die Berechnung der Produktivität den gesamten Aufwand beachtete. (Kosten der Entsorgung, Reproduktion der Arbeitskraft u.a.) ¹⁵⁾
- Das Menschenrecht auf Arbeit war individuell einklagbar. Arbeitslosigkeit war im Prinzip unbekannt. Das Arbeitsrecht für alle Stufen bis zur Leitungsebene war in Wirtschaft und in der staatlicher Verwaltung einheitlich und in gleichberechtigter Codierung geregelt ¹⁶⁾.
- Der Bankensektor nahm wieder seine originäre Rolle als Dienstleister für die Wirtschaft und der Gemeinschaft ein. Er war kein eigenständiger Machtfaktor in der Gesellschaft. Gesetzliche Regelungen gaben den Bewegungsrahmen vor. Das Geschäftsmodelle der Banken zur Herstellung von Abhängigkeiten über Schuldverhältnisse und Börsengeschäfte waren verboten. Zinsen deckten die Kosten, waren aber nicht Quelle von Zusatzgewinnen ¹⁷⁾
- Steuervermeidungsstrategien oder die Nutzung von Steueroasen waren Wirtschaftsunternehmen und generell untersagt.
- Genossenschaften (Landwirtschaft, Fischerei, Handwerk, Wohnungswesen) erhielten als wichtiger Wirtschaftskörper staatliche Förderungen, falls die eigene Wirtschaftskraft zeitweilig nicht ausreichte. Die Existenzsicherheit der Genossenschaft und der Angestellten war gewährleistet. Insolvenzen wurden ausgeschlossen. Die sozialistische Logik brachte der Landbevölkerung annähernd gleiche Lebens- und Arbeitsverhältnisse wie der Stadtbevölkerung.

Soziale Bereiche:

- Ein einheitliches Bildungs- und Berufsbildungssystem, brachte der DDR weltweite Anerkennung ein. Der polytechnische Unterricht war richtungsweisend für die spätere berufliche Orientierung der Schüler. Handwerkliche Fähigkeiten wurden vermittelt und Grundkenntnisse für die spätere Arbeitswelt erworben. Das System war mit der Weiterbildung über Berufsakademien, Fachschulen und Hochschulen vernetzt. Die Bildung war kostenfrei. Von der Rückzahlung befreite Stipendiensysteme schufen die Möglichkeit für Begabte aber finanziell Schwache zu studieren. Studentenheime und eine Mensaversorgung standen gegen einen sehr geringen finanziellen Eigenanteil zur Verfügung. Arbeitsplätze nach Abschluss des Studiums waren garantiert. Gesetze verboten seit 1950 in der DDR die körperliche Züchtigung der Kinder.
- Das Gesundheitswesen bot der Bevölkerung gegen einen individuellen Sozialversicherungsbeitrag, der noch oben gedeckelt war, und einen Ausgleichsbetrag aus dem Staatshaushalt eine kostenlose Versorgung an. Gesetze sahen ein System der Gemeindeschwestern vor, dass die Grundversorgung in den dörflichen Gemeinden sicherte. Vorsorge Untersuchungen in den Schulen, für gefährdete Berufsgruppen und ein Krebsregister erhielten internationale Anerkennung.
- Die gesetzliche Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau im Arbeitsleben und in der Politik war gewährleistet. Kindertagesstätten, variable Arbeitszeiten, monatliche bezahlte Haushaltstage für die Frauen, die Förderung der beruflichen Weiterbildung ermöglichten den Frauen eine bessere Übereinstimmung zwischen Familie und Arbeit. Frauen konnten seit 1951 ohne Zustimmung der Ehemänner Arbeitsverträge abschließen und Konten bei Banken eröffnen. Kinder- und Altersarmut waren unbekannt.
- Ein gesetzliches Regelwerk sicherte der jungen Generation nicht nur kostenfreie Bildung , sondern auch ein berufliches Fortkommen nach Lehre und Studium. Der Start ins Eheleben wurde finanziell gefördert. Kindergeld bei Geburten verbesserte die Haushaltskasse der jungen Familien. Staatlich geförderte Klubeinrichtungen und vielfältige Arbeitsgemeinschaften schufen Möglichkeiten der Freizeitgestaltung. Der Sport war fester Bestandteil der Lebensentfaltung. Die Teilnahme an Kulturveranstaltungen wurde durch staatlich gestützte Eintrittspreise für jeden möglich.
- Die Kultur gehörte zu den großen Werten der sozialistischen Gesellschaft. Die Kulturschaffenden und ihre Einrichtungen erhielten ausreichende staatliche Fördermittel und Freiräume für ihre Entfaltung.

Demokratie:

Der demokratische Zentralismus der DDR entsprach der Zeitepoche der Systemauseinandersetzung im Kalten Krieg. Seine konkrete Ausgestaltung hatte ihre Wurzeln in den opferreichen Auseinandersetzungen der Pariser Kommune und aus den konterrevolutionären Kämpfen in Russland nach 1917. Der demokratische Zentralismus war eine auch selbst so bezeichnete Diktatur des Proletariats. D.h. einer Partei, die den Führungsanspruch für sich reklamierte. Engels hatte sie in seinem Buch „Anti-Dühring“ begründet und auf die Zeit der Klassenauseinandersetzungen begrenzt.

Die DDR praktizierte unter ihrer Diktatur demokratische Elemente, die über die westliche Parteiendemokratie hinausgingen. Beispiele:

- Das Abgeordnetengesetz der Volkskammer verpflichtete die Mandatsträger, den Willen der Wähler zu achten. Sie waren dem Wähler rechenschaftspflichtig und konnten vom Wähler

- abgerufen werden.
- Die gesetzliche Planungsordnung legte Abstimmungspflichten mit den Arbeitnehmern, den Organisationen der Frauen und der Jugend bei Beratungen zu den Wirtschaftsplänen fest.
- Der Grad der Repräsentation der Bevölkerung in der Volkskammer war wesentlich höher als im Bundestag. Neben den vier politischen Parteien SED, CDU, LDPD, NDPD besaßen Massenorganisationen ständige Mandate. So die Gewerkschaft (FDGB), der Frauen (DFD), der Jugend (FDJ), der Kulturschaffende (Kulturbund).
- Ein Vergleich der Verfassung der DDR von 8. Oktober 1949 mit dem Grundgesetz der BRD vom 23. Mai 1949 zeigt, welche Alternativen in beiden Staaten nach dem zweiten Weltkrieg angestrebt wurden. Vom Ansatz her waren in der Verfassung der DDR umfangreiche demokratische Werte formuliert.
- In der Frage der Entscheidung über demokratisch erarbeiteter Vorschläge gab es keine prinzipielle Unterschiede, außer dass im sozialistischen System mehr gesellschaftliche Gruppen befragt wurden. In beiden Systemen entschieden letztendlich die Macht ausübende Partei oder Parteienkoalitionen.

Internationaler Bereich. Beispiele

- Die DDR verfolgte in der Außenpolitik das „Prinzip der friedlichen Koexistenz“ zwischen den Staaten, das am „Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten“ gebunden war. Beide Prinzipien sind Teile der UN Charta. Die BRD wendet die beiden Prinzipien nicht an.
- Vom Grundsatz her folgte die DDR der sozialistischen Logik, den internationalen Warenaustausch zu den Bedingungen des gegenseitigen Vorteils zu vollziehen.
- Die DDR trat im Rahmen der Wirtschaftsorganisation der sozialistischen Länder (RGW) für die Abstimmung der Produktionsfelder ein. Die internationale Arbeitsteilung zwischen den Ländern des RGW vollzog sich nicht nach profitgetriebenen Marktgesetzen. Sie war Triebfeder der Produktivitätsteigerung. Die Investitionen in der Wirtschaft erhielten sichere Absatzperspektiven. Jedes Land sollte sich auf die Produktionsfelder konzentrieren, in denen es die besten Voraussetzungen hatte. So entstehende Monopolstrukturen wurden jedoch zu oft für nationale Interessen benutzt.
- Die Statuten des RGW sahen die Gleichberechtigung vor. Es galt das Prinzip: Ein Land, gleich eine Stimme. Im Gegensatz dazu bestimmen im kapitalistischen System Kapitalmehrheiten, z.B. Internationaler Währungsfonds

Die Aufzählung der Beispiele dient nicht der Nostalgie. Sie gehören zum Erfahrungsschatz für die Errichtung einer alternativen Gesellschaft. Es ist an der Zeit, dass Politik und Wissenschaft das Zukunftsbild konkreter und begründet beschreiben und die Regeln des Zusammenlebens aus den Erfahrungen der Vergangenheit vorschlagen. Parteiprogramme der bestehenden politischen Organisationen erfüllen in Deutschland diese Aufgabe nur ungenügend, wie es Vergleiche der Programme der Linkspartei, der Grünen, SPD, CDU, FDP belegen.

Quellen:

1. „Wir sind der Staat“, D. Dahn, Rowohlt 2013
2. „junge Welt“ 28.12.2013
3. „Rede R. Correa, Staatspräsident von Ecuador am 18.4.2013 an der TU Berlin
4. „Die Große Revolution der Franzosen“ Markow/Soboul, Akademie Verlag 1989
5. „Die Klassengegensätze im Zeitalter der französischen Revolution“ Kautzky Dietz 1920
6. „Freiheit statt Kapitalismus“ S. Wagenknecht, Eichbornverlag 2011
7. „Geld“, Spiegel Geschichte 4/2009

8. „Die Welt aus den Fugen“ P. Scholl-Latour, Ullsteinverlag 2013
9. „Die Dialektik der Natur“, F. Engels, Dietzverlag 1958
10. „Über Hegelsche Dialektik“ Lenin, Reclam Leipzig 1970
11. „Das Kapital“ Bd. II, K.Marx, Dietzverlag 1958
12. „Hegel“, Arseni Gulya, Reclam
13. „Francois Noel Babeuf“ K. Und M. Middel, Neues Berlin 1988
14. W.F. Haug, neues Deutschland Juni 2012
15. Planung und Bilanzordnung der DDR, GBL.II Nr. 775a und b, Nr.50
16. Arbeitsgesetzbuch der DDR, Staatsverlag 1977
17. Das Finanzsystem der DDR, Verlag die Wirtschaft